

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: In Stellvertretung Ferdinand Beygang in Freiberg.

N^o 202.

Erscheint jeden Wochentag Nachmitt. 1/2 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pfg., zweimonatlich 1 M. 50 Pfg. und einmonatlich 75 Pfg.

Freitag, den 30. August.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gewöhnliche Zeile ober deren Raum 15 Pfg.

1889.

Nachbestellungen

auf den

Monat September

werden zum Preise von 75 Pfg. von allen kaiserlichen Postanstalten, sowie von den bekannten Ausgabestellen und der unterzeichneten Expedition angenommen.

Die Expedition des „Freiberger Anzeiger“.

Vor den Wahlen in Frankreich.

Der Präsident der französischen Republik, Carnot, hat am Mittwoch in dem unter seinem Vorsitz in Fontainebleau abgehaltenen Ministerrathe das Dekret unterzeichnet, welches das französische Volk zur Wahl einer neuen Deputirtenkammer aufruft. Die allgemeinen Wahlen, die am 22. September stattfinden sollen, werden auf das Geschick Frankreichs einen entscheidenden Einfluß ausüben. In dieser Ueberzeugung beileben sich alle Parteien in die Wahlagitation einzutreten, ohne damit bis zur Festsetzung des Wahltermins zu warten. Allgemein ist das Gefühl, daß eine Umschwung bevorsteht, über dessen Art aber noch die größte Ungewißheit herrscht. Die gegen die Kammermehrheit von den Boulangisten so andauernd gerichteten Angriffe dürften kaum ohne Einfluß auf einen großen Theil der Bevölkerung geblieben sein, so daß die künftige Deputirtenkammer unter allen Umständen eine andere Physiognomie als die bisherige zeigen wird. Von den 584 Mitgliedern der verlassenen französischen Kammer waren 170 Mitglieder der Rechten (Bonapartisten und Royalisten) 25 Boulangisten und 389 Republikaner, zu welchen letzteren Opportunisten, Radikale und Sozialisten gerechnet wurden. Unter dieser republikanischen Mehrheit herrschte die größte Uneinigkeit, die nur vorübergehend angesichts der anschwellenden boulangistischen Gefahr schwand, sonst aber sich derart kundgab, daß die französische Regierung keineswegs eine zuverlässige Stütze an der so bunt zusammengesetzten Kammermehrheit besaß. Ob das künftig besser oder noch schlimmer als jetzt werden wird, spottet jeder Berechnung. Man weiß nur soviel, daß nicht weniger als 165 Mitglieder der bisherigen Deputirtenkammer entschlossen sind, auf eine Erneuerung ihrer Mandate freiwillig zu verzichten und daß etwa 100 andere Deputirte sehr geringe Aussicht haben wiedergewählt zu werden. Die nächste Kammer würde demgemäß etwa 265 neue Volksvertreter zählen, eine Auffrischung, die bei der bedeutenden Abnutzung des bisherigen parlamentarischen Personals in Frankreich Vielen sehr wünschenswert erscheint. In Folge der Abänderung der Wahlordnung sind nicht mehr 584, sondern nur 576 Abgeordnete zu wählen.

Nicht nur in Paris, sondern in ganz Frankreich haben sich bereits in allen Wahlbezirken Ausschüsse gebildet, welche Kandidaten aufstellen, für die letzteren in Versammlungen kräftig eintreten, die Gegner in heftigster Weise schmähnen und schon jetzt, noch vor dem Beginn der eigentlichen Wahlperiode, eine Leidenschaftlichkeit entwickeln, welche hübsche Szenen nach der vollen Entwicklung des Wahlkampfes erwarten läßt. In einer am Sonnabend in Paris abgehaltenen Versammlung, in der sich der bekannte Boulangist Laguerre und der republikanische Gemeinderath Chauviere um das Deputirten-Mandat im 15. Arrondissement stritten, kam es z. B. zu einem sehr wüsten Austritt. Als Laguerre die Rednertribüne betrat, wurde er mit dem Rufe: „Nieder mit den Fäulnissen!“ empfangen, womit seine republikanischen Gegner daran erinnern wollten, daß sein Freund Boulangier bei dem Einzug der Pariser Truppen in Paris die kommunistischen Empörer erbarmungslos über den Haufen geschleift. Laguerre fühlte sich durch diese feindseligen Unterbrechungen nicht lange entmutigt; er trat mit größerem Erfolg in der am 27. d. M. im Zirkus Fernando in Paris abgehaltenen Massenversammlung für die Sache Boulangiers ein und unterzog in längerer Rede das Urtheil des Staatsgerichtshofes einer sehr herben Kritik. Unter dem Eindruck seiner schneidigen Ausführungen beschloß die von etwa 5000 Personen besuchte Versammlung eine zu Gunsten Boulangiers abgefaßte Tagesordnung. An den Eingängen zum Saale drängte sich eine lärmende Menge und warf mit Steinen nach den Polizeibeamten. Die Stadtgarde zu Pferde war genöthigt einzuschreiten und nahm zahlreiche Verhaftungen vor, von denen 78 aufrecht erhalten wurden, darunter diejenige des Deputirten Fieffe. Die Verhaftungen erfolgten meist wegen aufrührerischer Rufe, thätlicher Verleumdung der Polizeibeamten und Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Im Hauptquartier der jetzt unter der Firma „Nationalpartei“ arbeitenden Boulangisten zu Portland Place in London werden die Vorbereitungen für den entscheidenden Wahlgang in Frankreich sehr eifrig betrieben. Die erste boulangistische

Kandidaten-Liste für das Seine-Departement ist bereits erschienen; darnach laudiert Boulangier selbst im 18. Arrondissement (Montmartre), Raquet im fünften, Laguerre im fünfzehnten, Rochefort im zwanzigsten Arrondissement u. s. w. Der Kandidaten-Liste ist folgender Aufruf beigelegt: „Wähler! Wir unterbreiten Euch die Namen der Kandidaten, welche in den Bezirken des Seine-Departements den Kampf für die nationale Republik unterstützen werden. Diese Männer sind der Republik ergeben und würdig Euren Vertrauens. Wir wollen hierbei jede Personenfrage bei Seite lassen und uns lediglich von den Gedanken der Eintracht, der Einigkeit und der Disziplin leiten lassen, welche uns den Sieg sichern werden. Ihr habt schon am 27. Januar Euren Willen bekannt gegeben. Heute wie damals, heute vielleicht noch mehr, wollt Ihr die Revision der Verfassung und das Ende einer Herrschaft, welche die Republik kompromittirt und das Vaterland zu Grunde richtet. Ihr wollt endlich das Verschwinden des entehrten Senats. Die Kammer, welche gewählt werden wird, wird weder eine gesetzgebende Versammlung sein und Gesetze ausarbeiten, noch eine konstituierende Versammlung. Sie wird nur die Aufgabe haben, die Einberufung einer konstituierenden Versammlung und das allgemeine Stimmrecht zu erlangen. Das Mandat ist einfach, aber es erfordert Vaterlandsliebe und Entschlossenheit. Bleibt einig und diszipliniert, das ist die notwendige Bedingung des Erfolges und nichts wird Euren souveränen Willen widerstehen. General Boulangier, Präsident des republikanischen National-Ausschusses.“

Das Schlagwort der „Verfassungsrevision“ dürfte bei der jetzigen Wahlbewegung in Frankreich eine große Bedeutung erlangen, da es schon jetzt auch von antiboulangistischen Kandidaten vielfach gebraucht wird, ohne daß diese bedenken, daß man damit nur dem Ministerium Tirard Schwierigkeiten bereitet und den Boulangisten in die Hände arbeitet. Einige Republikaner, die den Werth der Einigkeit besser zu schätzen wissen, suchen aber ihren Wahlprogrammen den Charakter größter Einfachheit zu geben; so schreibt der sich um ein Mandat im Arrondissement Digne bewerbende Mitarbeiter der „Republique française“, Joseph Heinech: „Meine Kandidatur bedeutet weder Radikalismus noch Opportunismus, sondern Republikanismus und Vaterlandsliebe.“ Wie der Pariser „Figaro“ mittheilt, ist auch das baldige Erscheinen eines Wahlmanifestes zugleich mit der royalistischen Kandidaten-Liste des Grafen von Paris zu erwarten. Der Senator Boyer reiste nach England, um dort den orleanistischen Prätendenten in Sheen-House aufzusuchen und ihm bei der Abfassung dieser Erlässe beistehend zu sein. Selbstredend steht auch eine ähnliche Kundgebung des Prinzen Viktor Napoleon in Aussicht.

Trotz aller gemäßigten Bemühungen werden doch wohl die Republikaner auch in der nächsten Kammer die Mehrheit bilden. Natürlich ist über den Ausgang des Wahlkampfes jetzt noch kein bestimmtes Urtheil abzugeben und läßt sich kaum annähernd vermuten, in welcher Stärke die verschiedenen Parteien in der nächsten Deputirtenkammer vertreten sein werden. Da die Spaltungen unter den einzelnen Fraktionen tiefergehend sind als je vorher und sich wohl in jedem Bezirke mehrere Kandidaten bekämpfen werden, muß es voraussichtlich zu vielen Stichwahlen kommen, deren Ergebnis unberechenbar ist. Die innerhalb der republikanischen Partei vorhandenen Meinungsverschiedenheiten lassen nicht annehmen, daß eine große und leistungsfähige regierungsfreundliche Kammermehrheit zu Stande kommen und zur Befestigung der republikanischen Regierungsform beitragen werde. Für Frankreich wäre ein beständigeres Regierungssystem das größte Glück, aber der Beginn der Wahlvorbereitungen deutet keineswegs auf das Zustandekommen einer Kammermehrheit, mit der sich eine größere Stabilität der Verhältnisse in Frankreich herbeiführen ließe. Der durch die Revanchelust vieler Franzosen geförderte boulangistische Krebschaden hat wohl bereits viel zu tief gefressen, als daß die von dem Staatsgerichtshof in Boulangier-Prozess vorgenommene scharfe Operation noch hätte vollständige Abhilfe schaffen können. Hoffentlich vermehren die nächsten Wahlen in Frankreich nicht allzusehr die Zahl der Volksvertreter, die der Revanchelust und der Abenteuerlust in gefährbringender Weise Vorschub leisten!

Tageschau.

Freiberg, den 29. August.

Mittels Sonderzuges begab sich der Deutsche Kaiser gestern früh 6 Uhr 50 Minuten von der Wildpartstation aus nach Küstrin, um im Laufe des gestrigen Tages den zur Zeit dort stattfindenden Festungs- und Belagerungsübungen der Truppen beizuwohnen. Auf der Reise dorthin traf der Monarch gestern früh 7 Uhr 36 Minuten auf dem Bahnhofe Friedrichstraße in Berlin ein und reiste sofort, nach ganz kurzem Aufenthalte, nach Küstrin weiter, woselbst die Ankunft Vormittags um 9 1/2 Uhr erfolgte. Der Kaiser besichtigte zunächst die Batterien vor der Stadt, worauf der Sturm vorbereitet wurde. Die Stadt Küstrin war festlich geschmückt, Kriegervereine mit Musik und Bannern

und alle Vereine der Stadt bildeten Spalier. Vor dem Bahnhofe stand der vierpännige Wagen des Kaisers bereit. Ein offizieller Empfang war verboten. Gestern Nachmittag fuhr der Kaiser von Küstrin nach Pöste und begab sich nach kurzem Aufenthalte daselbst zur Bürschjagd nach der Oberförsterei Maffin. Heute Mittag dürfte der Monarch bereits wieder im Neuen Palais in Potsdam eingetroffen sein. — Die vier ältesten Söhne des Kaisers und der Kaiserin sind gestern Abend 8 1/2 Uhr wohlbehalten in Potsdam angekommen und von der Kaiserin auf der Wildpartstation empfangen worden. Ihre Majestät und die Prinzen wurden von dem zahlreichen Publikum, das sich auf der Wildpartstation angesammelt hatte, mit brausenden Hochrufen begrüßt. — Kaiser Wilhelm hat dem englischen Premierminister Lord Salisbury, der als Engländer keine fremden Orden annehmen darf, sein großes Delbild zum Geschenk gemacht. — Dem Kaiser ist ein von den Mitgliedern des esch-lotthringischen Landes-Ausschusses ausgearbeitetes Gesuch um Aufhebung, beziehungsweise Erleichterung des Paktzwanges zugegangen. — Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Kabinettsordre, betreffend die Errichtung der evangelischen Jerusalemstiftung und der Verleihung der Rechte einer juristischen Persönlichkeit an dieselbe. Die Stiftung wird aus einer, 1 800 000 M. betragenden Summe gebildet und soll ihren Sitz in Berlin haben. Diese Stiftung bezweckt Erhaltung der bestehenden und die Schaffung neuer evangelischer Anstalten in Jerusalem. Die Verwaltung der Stiftung wird unter der Oberleitung des preussischen Kultusministers einem fünfgliedrigen Kuratorium übertragen, wovon mindestens zwei Geistliche sein müssen. Die Geistlichen der evangelischen Gemeinde zu Jerusalem werden auf den Vorschlag des Kuratoriums vom Kaiser berufen. Gleichzeitig wird im „Reichsanzeiger“ bekannt gegeben, daß der Kaiser den Ministerialdirektor Barkhausen (Berlin) zum Vorsitzenden, den Oberhofprediger Kögel (Berlin) als Abt zu Loccum, den Ober-Konistorialrath Ahlhorn (Hannover) als Ehrenkommendanten des Johanniterordens, den Grafen Zieten-Schwerin (Wußtrau) und den Kommerzienrath Golsmann (Langenberg) zu Mitgliedern des Kuratoriums der evangelischen Jerusalem-Stiftung ernannte. — Der preussische Finanzminister v. Scholz dürfte von seinem Urlaub, der bereits abgelauten und inzwischen wieder verlängert worden ist, nicht mehr als Minister zurückkehren. Die „B. Börsenztg.“, die jüngst die Nachricht von der partiellen Ministerkrisis in Abrede stellen zu müssen glaubte, kündigt jetzt ebenfalls den bevorstehenden Rücktritt des Herrn v. Scholz schon für die nächsten Tage an. Ein Nachfolger steht ohne Zweifel in Bereitschaft; aber weder über seine Person, noch über das Schicksal der Steuerreform verlautet etwas Bestimmtes. — Vorigen trat in Königsberg der allgem. eine deutsche Genossenschaftstag zusammen. Der Verbandsanwalt Schend-Verlin erstattete den Bericht über das Jahr 1888, wobei er die Wirkungen des neuen Genossenschaftsgesetzes auf die einzelnen Genossenschaften berührte und der Umwandlung von 14 Genossenschaften in Aktiengesellschaften gedachte. Meinungsverschiedenheiten über das neue Gesetz hatten vielfach die genossenschaftlichen Kreise beunruhigt. Seit dem Erlaß des Gesetzes und seitdem dasselbe eingehendere Erörterung gefunden, seien die Beunruhigungen geschwunden, und könne man wieder einig und treu zusammenstehen zur Fahne der deutschen Genossenschaftsbewegung. In dem Bericht über das neue Gesetz beschränkte sich der Anwalt auf diejenigen hauptsächlichsten Punkte, welche eine Veränderung der bestehenden Zustände bedingen, und hob insbesondere hervor die Einführung einer beschränkten Haftpflicht neben der unbeschränkten Solidarhaft, ferner die Art der Geltendmachung der Rechte seitens der Gläubiger gegenüber der Haftpflicht der Genossen und die Form der Umwandlung einer Haftart in die andere; dann die Bestimmungen über Entstehung und Endigung der Mitgliedschaft und die so einschneidende Neuerung des Gesetzes bezüglich der Beschränkung im Geschäftsbetriebe für die Kredit- und Konsumvereine. Der Redner schloß mit den Bestimmungen über die Revisionen, wobei er der Hinzuziehung eines Verwaltungsbeamten zu den Verbandstagen erwähnte. „Dies durch das Gesetz zu bestimmen, war überflüssig, aber wir haben stets das Erscheinen der Herzen erbeten und gern gesehen, und wir werden uns freuen, wenn sie recht oft an unseren Verhandlungen theilnehmen, damit sie erkennen, daß das, was wir verfolgen, im Interesse des Volkes und des Vaterlandes liegt.“ (Lebhaftes Bravo!) Nach eingehender Debatte wurde, der „R. S. Z.“ zufolge, einstimmig vom Vereinstage folgende bedeutungsvolle Resolution angenommen: „Das neue Genossenschaftsgesetz kann keinen Grund dafür abgeben, daß Genossenschaften sich abhalten lassen, die Rechte einer eingetragenen Genossenschaft nach dem Gesetze zu erwerben, und daß Genossenschaften der Genossenschaftsfrage untreu werden und zur Aktiengesellschaft übergehen; allen Genossenschaften ist vielmehr dringend zu empfehlen, dem neuen Genossenschaftsgesetze sich zu unterstellen und alsbald nach dem Inkrafttreten des Gesetzes den Anforderungen des Gesetzes zu genügen.“ — In Kiel traf die Nachricht ein, daß der Dampfer „National“ mit der deutschen Expedition